



Dorothee Schiwy
Sozialreferentin

Landeshauptstadt München, Direktorium,
BA-Geschäftsstelle Neuhausen-Nymphenburg
Vorsitzende des BA 09
Frau Anna Hanusch
Ehrenbreitsteiner Straße 28a
80993 München

Datum 09.12.2020

Kinderrechtsvertreter*innen in Krisenstäbe der Stadt München integrieren

BA-Antrags-Nr. 20-26 / B 00795 des Bezirksausschusses
des Stadtbezirkes 09 – Neuhausen-Nymphenburg
vom 15.09.2020

Sehr geehrte Frau Hanusch,

bei dem o. g. Antrag handelt es sich um eine laufende Angelegenheit der Verwaltung,
weswegen die Erledigung auf dem Büroweg erfolgt.

In Ihrem Beschluss fordern Sie die Stadt München auf, in Krisenstäbe, die über die
Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen entscheiden, jeweils eine Vertreter*in für
Kinderrechte zu integrieren und anzuhören.

Das Sozialreferat ist ebenfalls der Auffassung, dass hinsichtlich der Maßnahmen und
Entscheidungen im Rahmen der Corona-Pandemie gerade am Anfang im Frühjahr diesen
Jahres die besonderen Bedürfnisse von Minderjährigen* und jungen Erwachsenen* in den
Überlegungen viel zu wenig berücksichtigt worden sind.

Kinder* und Jugendliche* befinden sich in sozialen, emotionalen, kognitiven und körperlichen
Entwicklungsprozessen. Daraus ergeben sich besondere Bedürfnisse. Gleichzeitig stehen
ihnen durch die UN-Kinderrechtskonvention besondere Rechte zu. Beides ist bei jeglichen
rechtlichen und politischen Maßnahmen besonders zu berücksichtigen. Dies geschah bei den
massiven Einschränkungen aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen der letzten Monate zu
wenig. Sie waren damit für junge Menschen* nicht „nur“ unangenehm und frustrierend,
sondern können entwicklungshemmend bis entwicklungsschädigend wirken.

In der Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 01231 „Bedürfnisse von jungen Menschen* in

Krisenzeiten“ haben die Vertreter*innen der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe deshalb gemeinsame Positionen erarbeitet, die begründet auf den Erfahrungen des Lockdowns im Frühjahr Empfehlungen beschreiben, die prioritär die Interessen der Kinder* und Jugendlichen* im Blick haben. Die Vorlage soll handlungsleitend für die weiteren notwendigen Entscheidungen sein und mahnt neben Schutz und Förderung auch die Partizipation an. Im Antrag wird entsprechend Ihres Antrags explizit eine stellvertretende Partizipation bei allen Themen, die Kinder* und Jugendliche* betreffen, gefordert.

Eine Empfehlung lautete, dass der Oberbürgermeister gebeten wird, sich gegenüber der Landesebene dafür einzusetzen, dass die Stimmen und Bedarfe der Kinder* und Jugendlichen* bei den notwendigen Maßnahmen und Entscheidungen von Anbeginn mehr Berücksichtigung finden können. Die in der Vorlage erwähnten Empfehlungen finden bei allen pandemiebekämpfenden Maßnahmen und Entscheidungen der Landeshauptstadt München Berücksichtigung.

Die Empfehlungen wurden vom Kinder- und Jugendhilfeausschuss und in der Vollversammlung des Stadtrats am 21.10.2020 beschlossen.

Ich erlaube mir, Ihnen die genannte Beschlussvorlage beizulegen.

Der Antrag Nr. 20-26 / B 00795 des Bezirksausschusses des 09. Stadtbezirkes vom 24.09.2020 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dorothee Schiwy
Berufsm. Stadträtin